

Erscheint
an allen Verkäufen.

Bezugspreis monatlich 30 Gr.
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten 3.80
durch die Post 3.50
auschl. Postgebühren
ins Ausland 60 Gr.
in deutscher Währ. 5 R.-M.
ausschließlich Postgebühren.

Fernprecher 6105. 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postcheckkonto für Polen
Nr. 200 283 in Posen.

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Auspaltung hat der Besitzer
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.Postcheckkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Pettitzelle (38 mm breit) 45 Gr.

für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen.

Sonderplatz 50% mehr. Nettomarktzeit (90 mm breit) 185 gr.



Andere Wege.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß der Besuch Tschitschirins in Warschau der Auftakt war zu einer Politik, durch die der Kreml neue Positionen gegenüber den Auswirkungen von Locarno zu beziehen gedenkt. Im Zusammenhang hiermit waren Darstellungen aufgetaucht, nach denen die Leitung der Sowjetunion sich mit der Absicht trüge, dem im Entstehen begriffenen „Westpakt“ entgegenzustellen, und man glaubte vielfach hierin eine Erklärung für die offensichtliche polnisch-bolschewistische Annäherung zu erblicken. Aufgeriegelte Artikel der Sowjetpresse malten die Bilder grandioser antisowjetischer Verschwörungen an die Wand. Die Wässer der Erregung sind inzwischen etwas abgelaufen, und eine nüchterne Betrachtung greift Platz. Denn die „Gefahr“, die durch Locarno für die Sowjetunion entstehen sollte, ist gar nicht kriegerischer Natur, sondern sie liegt auf dem Gebiet der weltwirtschaftlichen Konkurrenz. Und das ist ein Gebiet, das ein erheblich behutsameres Auftreten erfordert, denn hier entscheidet nur der kühle Rechenstil und die eigene Wirtschaftskraft. Man scheint die ganze Bedeutung dieser neu geschaffenen Sachlage in Moskau begreifen zu haben. Und es ist vielleicht nicht zu früh, die Feststellung zu machen, daß der maßgebendste der europäischen Oststaaten im Begriff steht, eine weitgeschichtliche Schwenkung von der Machtpolitik zur Wirtschaftspolitik vorzunehmen. Damit tritt mit einem Schlag auch die Geschichte Osteuropas in eine neue Phase. Von diesem Standpunkt aus gewinnen alle derzeitigen Handlungen der Sowjetdiplomatie ein anderes Gesicht. Es muß ihr jetzt vor allem darum zu tun sei, politische Reibungsflächen aus der Welt zu schaffen, und es scheint, daß man mit großer Energie an diese Arbeit geht. Nach Meldungen aus Bukarest wird in Paris zwischen Rumänien und den Sowjets eifrig über eine Vereinigung der befreitischen Parteien verhandelt, ein für den Kreml wegen der Ukraine äußerst heißes Eisen. Ebenso kommt natürlich bei der Annäherung an Warschau alles daran an, was für ein Gesicht Tharkow und Kiew hierzu machen werden. Aber es sieht fast so aus, als ob Tschitschirin sich stark genug fühlte, die Ukraine zu brüskieren. Übersehen läßt sich dieses Spiel von außen nicht, aber man muß es im Auge behalten, da leicht hier sein entscheidender Rechenschluss stecken könnte.

Die Presse brachte kürzlich sogar eine Meldung aus Warschau, nach der sich der Kownoer Sowjetgesandte an die litauische Regierung gewandt haben soll, mit dem Vorwurf, eine polnisch-litauisch-sowjetrussische Konferenz wegen der Schiffahrt auf dem Niemen einzuberufen. Wenn die Richtigkeit dieser Meldung vorläufig auch noch angezweifelt werden kann, so ist doch das Auftauchen derartiger Gerüchte gerade aus Warschau symptomatisch für die Atmosphäre. Kein Zweifel, daß die politische Situation im Osten im Begriff steht, sich vollkommen zu ändern. Die Sowjetunion wird versuchen, an Kräften an sich heranzuziehen, was nur immer ist, d. h. durch Besetzung bzw. Milderung aller politischen Reibungsflächen wirtschaftlich Einflussgebiete zu gewinnen und zu sichern. Sehr groß ist der Spielraum für die Union hier nicht mehr, aber man muß nach Möglichkeit nachzuholen versuchen, was man in acht Jahren der bloßen Machtpolitik verjährt hat. Gelingt es der Sowjetunion, als Vorführerin des gesamten wirtschaftlich nosleidenden Ostens dem Völkerbund als Verhandlungsgegner gegenüberzutreten, so ist ihre Position zweifellos stärker, als wenn ihre wirtschaftlichen Handgebiete gegen sie ausgespielt werden könnten.

Sehr deutlich geht dieser Umschwung der Politik in Moskau aus einem kürzlich erschienenen Leitartikel der „Prawda“ hervor. Das Zentralorgan der kommunistischen Partei Russlands schreibt: „Im Rahmen der Verträge von Locarno ist auch Raum für eine Verständigung über wirtschaftliche und politische Interessen zwischen der Sowjetunion und jedem der Staaten, die an den Verträgen von Locarno teilnehmen.“ Aus dem weiteren Inhalt des äußerst bemerkenswerten Aufsaßes geht sogar hervor, daß sich in Moskau eine Schwenkung der Außenpolitik in der Richtung einer Annäherung an den Völkerbund vorzubereiten scheint. Hierüber heißt es: „Wer aufrichtig unseren Eintritt in den Völkerbund befürwortet, muß uns vor allem in der internationalen Politik in eine solche Lage verleben, daß man uns nicht als einen Staat mit beschränkten Rechten betrachtet. Wenn das geschieht, wird auch der Völkerbund nicht notwendig sein, um zwischen uns und den anderen Staaten jene minimalen normalen Beziehungen zu schaffen, die eine neue Etappe in der Entwicklung der Weltwirtschaft und der Sicherung des internationalen Friedens möglich machen würden.“

Auch sonst lagen in der letzten Zeit wiederholt Moskauer Meldungen vor, die zu bestätigen scheinen, daß in den leitenden Kreisen der Sowjetregierung eine Mehrheit für eine neue Orientierung der Außenpolitik sich gebildet hat. Mit dem polnisch-sowjetrussischen Gegensatz ist für die nächste Zeit jedenfalls nicht zu rechnen.

Kombinationen über die neue Regierung.

Koalitionsregierung oder Zentro-Links. — Konsolidiert der Parteiführer. — Die Konferenzen bei dem Herrn Staatspräsidenten. — Gerüchte und Ahnungen.

Die Krise, die in der gegenwärtigen Lage ziemlich stark überraschend kam, obwohl sie lange genug vorbereitet und vermutet wurde, hat bis zum heutigen Montag morgen noch keine Klärung der Lage gebracht, wie im Gegenteil stark kompliziert. Die Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung, die am Sonnabend vormittag noch nicht zu übersehen waren, sind im Laufe des Tages größer geworden. Wenn auch im ersten Augenblick so eine Abmilderung durch das Parteileben ging, als sei jetzt Entschlossenheit und Schnelligkeit notwendig, als sei das Parteinteresse zurückgestellt, so konnte man schon am Nachmittag sehen, daß die Parteien eine gute Willensüberzeugung getan hatten, ohne vorher die Forderungen der Partei zu überlegen und ohne an die Verschiedenheit der Parteiauffassung zu denken. Darum wird die Krise schwerer. Besonders kompliziert sich die Lage durch die Rechtsparteien, die von ihren bekannten Standpunkten durchaus nicht abgehen wollen. Ein Sturm der Entrüstung brach los, als Herr Marshall Piłsudski dem Herrn Staatspräsidenten einen Besuch machte, um eine Erklärung abzugeben, die wir weiter unten bringen.

Während am Sonnabend abend schon Gerüchte kreisten, daß das neue Kabinett bereits zusammen gestellt sei, haben sich am Sonntag diese Meinungen durchaus nicht erhalten oder bestätigt. So wurde gefragt, daß die neue Regierung wie folgt aussehen werde: General Sikorski (Ministerpräsident), Michałski (Finanzminister), Strzyżski (Außenminister), Witos (Innenminister). Diese Nachricht wurde nicht bestätigt, und wie die heutigen Morgenblätter melden, haben sich neue Kombinationen ergeben, neue Schwierigkeiten aufgetan. Es ist zur Stunde noch nicht möglich, klar zu sehen.

Verhandlungen mit den Parteien.

Warschau, 14. November. (Pat.) Der Staatspräsident empfing gestern der Reihe nach die Sejmabgeordneten Głabiński, Stolarski, Poniatowski, Barlicki, Czerniowski und Dubanowicz. Heute um 10 Uhr hatte er Verhandlungen mit dem Abg. Witos (P.S.L.), um 10½ Uhr mit dem Abg. Popiel (N.P.R.) und um 11 Uhr mit demstellvertretenden Vorsitzenden der Jüdischen Vereinigung, Abg. Rosmarin.

Heute nachmittag empfing der Staatspräsident den stellvertretenden Ministerpräsidenten Raczkiewicz, den Unterrichtsminister Grabiski und den Vorsitzenden der Nationalen Volksverbands, Gąbiński. Am Abend weiste Sejmarschallataj und der sozialistische Abg. Barlicki im Belvedere.

Warschau, 14. November. Die bisherigen Verhandlungen beim Staatspräsidenten haben nur das ergeben, daß bei den meisten Parteien der Wille zur Bildung einer großen Koalition vorhanden ist. Abg. Gąbiński vom Nationalen Volksverband erklärte sich für eine Koalition aller polnischen Parteien, besonders auch Abg. Dubanowicz, der darauf hinweist, daß hierbei nur die Piastenpartei gewisse Schwierigkeiten bilden würde, die die gegenwärtige Zwangslage zu politischen Zwecken werde ausnutzen wollen. Abg. Stolarski vor der „Wyzwolenie“ sprach sich für eine zentro-links Regierung an, die alle Parteien von den Christlichen Demokraten bis zur P.P.S. umfassen würde. Abg. Barlicki (P.P.S.) lehnte unter Berufung auf den Beschluss des Parteikongresses die Teilnahme seiner Partei an der künftigen Regierung ab. Abg. Rosmarin vom Jüdischen Club trat für eine Koalition aller Parteien im Sejm ein. Alle politischen Kämpfe mühten eingestellt und aller Nachdruck auf die Wirtschaftsfragen gelegt werden. Eine andere Lösung würde nicht zum Ziele führen. Witos, der Vertreter der Plasten, und Popiel von der Nationalen Arbeiterpartei betonten gleichzeitig die Notwendigkeit der Schaffung einer Koalitionsregierung.

Der Wirtschaftsrat.

Aus Kreisen, die der Piastenpartei nahestehen, verlautet, daß für den Fall, daß die Bildung eines parlamentarischen Kabinetts unmöglich sein sollte, eine zweite außerparlamentarische Regierung berufen werden sollte, der ein sogenannter Rat zur wirtschaftlichen Verteidigung beigegeben werden würde. Diesem Rat würden Vertreter aller polnischen Parteien angehören. Das Parlament würde ihm mit einer Reihe von Vollmachten auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet ausstatten. Auf Grund von Beschlüssen dieses Rates würde dann der Staatspräsident Verordnungen erlassen. Dieser Gedanke soll im Sejm einen gewissen Anklang finden.

„Nach der Flucht“.

Die Regierungskrise, die nach einer Regierungszeit des Herrn Władysław Grabski von 23 Monaten, durch die „Flucht des Premiers“, wie sich der „Instawiany Kurjer Poznański“ ausdrückt, verursacht worden ist, hat noch nicht ihr Ende gefunden. Angegesichts der gegenwärtigen Lage im Sejm ist es auch sehr schwer, eine Antwort zu finden. zunächst hat man an ein Koalitions-Kabinett gedacht, das die Nationaldemokratie bis zu den Sozialisten umfassen sollte. Diese Konzeption ist jedoch angefischt der Haltung der Linksparteien hinfällig geworden. Außer einem Koalitions-Kabinett könnte ein Zentrum-Rechts-Kabinett in Frage kommen, dem wiederum die Volkspartei abgeneigt sind. Auch der Gedanke an ein Zentro-Links-Kabinett scheint nicht lebenskräftig zu sein. Der „Gazeta“ behauptet, daß die Linksparteien, die aus demokratischen Elementen, wie die „Wyzwolenie“, zusammengesetzt werden, überhaupt regierungsunfähig seien. Für ein außerparlamentarisches Kabinett, zu dem man wohl letzten Endes greifen müßte, werden Skulski, Poniatowski und General Sikorski genannt, zu denen man schon in ähnlichenlagen Zugriff nehmen hat.

Am Sonnabend und Sonntag ist eine Fülle von Verhandlungen abgehalten worden. Der Nationale Volksverband beschließt, am Sonnabend die Neutralität einer Zentro-Links-Negierung zu erklären. Die Sozialisten, der Bauernbund, die Wyzwolenie, die Nationale Arbeiterpartei, die Plasten und die Thugutt-Gruppe berieten eine Konferenz ein, während der die Regierungskombinationstaat festgesetzt werden sollte. Nach einer Sondermeldung des „Kurjer Poznański“ haben die Christlichen Demokratie und der Plastenclub, die bei der vorerwähnten Kom-

bination die Hauptrolle spielen, gestern um 3 Uhr nachmittags an die „Wyzwolenie“ ein Schreiben gerichtet, in dem festgestellt worden ist, daß die Konzeption eines Zentro-Links-Kabinetts, da die Parteien, die mit dieser Konzeption hervortreten, keine Mehrheit hätten, gescheitert sei. Der Abg. Głabiński führte am Sonnabend Konferenzen mit den Abgeordneten Dubanowicz, Czerniowski, Witos, Popiel und Barlicki über die Bildung eines Koalitions-Kabinetts und dessen Plattform. Um 5 Uhr nachmittags begab sich der Führer des Nationalen Volksverbands zum Belvedere. Der Präsident äußerte in der Unterredung die Hoffnung, daß es gelingen werde, ein Koalitions-Kabinett zu bilden.

Am Sonntag wurden die Abgeordneten Witos (P.S.L., „Pact“), Czerniowski (Christliche Demokratie), Stolarski (Wyzwolenie), Popiel (Nationaler Arbeiterpartei), Dubanowicz (Christlich-National), Rosmarin (Jüdischer Club) zum Staatspräsidenten berufen.

Der Sejmarschallataj hat die Bildung eines Wirtschaftsverteidigungsrates vorgeschlagen, der sich aus Vertretern sämtlicher Parteien zusammensetzen soll, und die Aufgabe hätte, am Sanierungswerke mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Das Projekt des Sejmarschalls ist noch nicht in autoritativer Form bekannt, dürfte aber sehr bedeutsam sein. Man weiß nicht, ob die Sejmabgeordneten das Projekt in Erwägung ziehen werden, da es doch der Allgemeinheit der Abgeordneten für ein paar Monate die aktive Rolle entzieht und sie zur Rolle von Beobachtern verkehrt. Im großen ganzen soll die Konzeption des Marshallsataj in Sejmkreisen geneigten Widerhall gefunden haben.

Der Präsident der Bank Polski, Herr Karpiński, hat seine Ausführungen in der Sache des Konflikts mit dem Premier Grabski veröffentlicht. Er bestreitet, daß er in der Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Grabski und dem Staatspräsidenten Wojciechowski erkläre habe, daß er keine Möglichkeit und Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Blokhuses habe. Solche Erklärung wäre eine ungemeine Dumheit gewesen. Es habe nur eine Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Richtung der Banktätigkeit bestanden. Die Lage des Blokhus sei gut und die statutenmäßige Sicherung würde absolut gewahrt. Die Schwankungen auf dem Börsenmarkt seien ein Resultat der politischen und wirtschaftlichen Konjunktur.

Was die einzelnen Parteivertreter darunter erklären, darüber schreibt der „Kurjer Poznański“. Zuerst wurde der Abg. Gąbiński vom Nationalen Volksverband empfangen. Er erklärte, daß die Unterredungen, die über die Kabinettsskrise geführt wurden, zu der Hoffnung berechtigen, daß in kurzer Zeit eine Koalitionsregierung zu stande kommen würde. Die Abgeordneten Stolarski und Poniatowski erklärten sich im Namen der Wyzwolenie, im Einflang mit dem Präsidiumsbeschluß, für die Bildung einer Zentro-Links-Negierung. Der Abg. Barlicki von den Sozialisten äußerte sich dahin, daß seine Partei einer Regierung, die sich auch aus Vertretern der Rechtsparteien zusammensetzen möge, nicht beitreten könne. Der Abg. Czerniowski erklärte sich im Namen der Christlichen Demokratie für eine Regierung der großen Koalition. Der Abg. Dubanowicz vom Club der Christlich-Nationalen sprach sich im Grundsatz für die Bildung eines parlamentarischen Kabinetts aus. Eine Schwierigkeit könne, nach Meinung des Abgeordneten, der Standpunkt der Piastenpartei bilden, die die Lage für die Agrarfrage ausnutzen könne. Der Abg. Witos erklärte, daß eine Koalitionsregierung eine durch die Bedingungen der Stunde bestimzte politische Notwendigkeit sei. Der Abg. Popiel von der Nationalen Arbeiterpartei machte den Beitritt zur Koalition von einigen Bedingungen abhängig, und zwar davon, daß die Regierung die schwere Lage der armen Schichten berücksichtigen und die Errungenschaften der arbeitenden Klasse respektieren solle. Der Abg. Dr. Rosmarin vom Jüdischen Club erklärte, daß nur eine Koalition das Land beruhigen und im Ausland Vertrauen wieden könne.

In Kreisen des Nationalen Volksverbands ist die Konzeption der Bildung einer polnischen Mehrheit entstanden, während der Piastenclub die Bildung eines Blokhus vorschlägt, in dem der Nationale Volksverband wie auch der Jüdische Club vertreten wären. Der Abg. Rabbiner Thor ist vom „Kurjer Poznański“ darüber befragt worden, was er über die Konzeption des Nationalen Volksverbands denkt. Herr Thor erklärte: „Ich dachte, daß die so wilde Konzeption von einer rein polnischen Mehrheit mit Abschluß der Juden bereits für immer vergessen sei. Ich wunderte mich über die politische Blindheit der Politiker, die mit heute von einer polnischen Mehrheit sprachen, und ich wunderte mich darüber, daß die bisherigen Erfahrungen nichts gelehrt haben.“

Marshall Piłsudski warnt.

Gestern gab der „Kurjer Poznański“ eine Extraausgabe heraus, die folgendes berichtet:

„Um 2 Uhr nachmittags begab sich der Marshall Josef Piłsudski nach dem Belvedere. Bei Begrüßung des Marshalls waren Grenzwachen aufgestellt. Mit allen Ehren wurde der Marshall empfangen und zum Staatspräsidenten geführt.

Marshall Piłsudski gab dem Staatspräsidenten Erklärungen über den Stand der Arme ab und bat ihn, die überreichte Declaration in seiner Gegenwart zu lesen. Der Besuch Piłsudskis dauerte 20 Minuten.

Bevor Marshall Piłsudski den Staatspräsidenten verließ, fragte letzterer den Marshall, ob er nicht irgend einen Kandidaten für den Posten des Kriegsministers hätte. Piłsudski antwortete, daß er davon erst dann reden könnte, wenn er an der Seite des Staatspräsidenten den Mann seien werde, dem die Mission der Bildung des Kabinetts übertragen werden sei.

Der Text der von Piłsudski dem Staatspräsidenten überreichten Declaration ist folgender:

„Ich erachte es als meine Pflicht, den Herrn Staatspräsidenten vor der versäumten Wahrung der moralischen Interessen unserer polnischen Armee bei den Erwagungen über die gegenwärtige Krise zu warnen. Zweimal wurde dies schon getan, und ich muß mit Bedauern feststellen, daß zu immer stärkeren Aufruhrungen im Heere geführt hat. Man kann unmöglich verlangen, daß in unserem Staate das Militär den politischen Parteien und ihren privaten Interessen dienen soll. Ebenso kann man nicht meinen, daß das Heer, das die kämpfende Repräsentation des

Volkes im Falle der Verteidigung der Staatsgrenzen ist, gehorsam sein und der Dienststelle erhalten werden könnte, wenn es als Objekt verschiedener Handel zwischen einzelnen Generälen oder Abgeordneten wirken soll.

Unsere Fahnen, die mit Ruhm und Ehre bedeckt sind, dürfen sich nur vor dem Repräsentanten unseres Staates und vor den Führern des Heeres beugen. Ich meine, daß die Soldaten keine Wähler sind, über die irgend ein Abgeordneter wacht; ich verstehe, daß die Soldaten oftmals kritische Ansichten über die Methoden der verschiedenen Regierungen haben; aber sie müssen sich weigern, wenn neben der Kaserne und dem Schlafplatz die Urteile und Selbsturteile der Politik fallen. Ich verstehe den Zwang des Befehls, doch kann ich nicht den Mangel an Achtung für die verstehen, die in Ergebenheit dem Vaterlande dienen. Sie sehen nicht, daß dieser Ehrendienst bei Ernennung von Repräsentanten ihres Dienstes gegenüber dem Sejm in Rechnung gezogen werden muß. Ich warne deshalb noch einmal den Herrn Staatspräsidenten, möglicherweise mich aber nicht in Ihre gegenwärtigen Sorgen. Ich nahm diese Pflicht als Ihr Vorgänger auf mich, als der, der die Armee formierte und das Heer in den schwersten Proben im Kriege führte, zuletzt als der, der im Heere den allerhöchsten Rang bekleidet.

Sulejówek, den 13. 11. 1925. Józef Piłsudski.

Noch kein Ende.

Am gestrigen Tage ist die Kabinettsskrise nicht beigelegt worden. Der Staatspräsident konferierte mit Parteiführern des Sejm zwecks Sondierung der verbreiteten Meinungen. Als Kandidaten für den Posten des Premier sind gestern in politischen Kreisen Bartek, Moraczewski und Steszkowicz genannt worden.

Militärkundgebung für Piłsudski.

Die "Agencja Wschodnia" meldet:

"Gestern hat sich eine Gruppe von Soldaten und Offizieren, die sich aus 1000 Personen, mit 20 Generälen an der Spitze, zusammensehrte, nach Sulejówek begeben, um dem Marschall Polens, Piłsudski, Huldigungen anlässlich des siebenten Jahrestages der Rückkehr des Marschalls von der Festung Magdeburg darzubringen. Der Besuch hatte ausgesprochen politischen Charakter. Im Namen der Offiziere sprach General Dresser, der den Wunsch der Rückkehr des Marschalls zum Heere aussprach. Am Ende seiner Rede erklärte er folgendes:

"Wir sagen Dir keine gewöhnlichen feierlichen Komplimente, sondern wir tragen die Nüchternen dankbaren Herzen und siegreiche Degen."

Der Marschall Piłsudski hat in seiner Ansprache die Notwendigkeit der Verbreitung der Ehre des Heeres hervor. Einige Minuten nach dem Besuch in Sulejówek erließ das Kabinett des Kriegsministeriums den Befehl, daß den Offizieren nicht erlaubt sei, an politischen Kundgebungen teilzunehmen. Dieser Befehl richtet sich ganz deutlich gegen den Besuch in Sulejówek.

Vorschläge.

Als Resultat der bisherigen Konferenzen über die Kabinettsskrise haben sich zwei Lösungswarten ergeben: erstens die Bildung eines Koalitionskabinetts unter gleichzeitiger Verufung eines Wirtschaftsstaates, der sich mit der Erfundung der Wirtschaftsverhältnisse zu befassen hätte, und zweitens die Bildung eines parlamentarischen Kabinetts. Die Arbeitsparteien sind gegen ein Koalitionskabinett aller Parteien, da sie ernsthafte Einwände bezüglich der Zweckmäßigkeit der Zusammenarbeit mit den Rechten haben. Letzten Endes wären sie mit einer Koalition unter der Bedingung der Wahrung der Unabhängigkeit der Arbeiterschaft einverstanden.

Keine Auflösung des Monarchistenverbandes.

A. W. Im Zusammenhang mit der Nachricht von der Auflösung der monarchistischen Organisation und der gerichtlichen Vorführung der Führer erklärt das Sekretariat der West-Wojewodschaften der monarchistischen Organisation, daß diese Nachricht grundlos sei. Die monarchistische Organisation arbeite öffentlich und legal und strebe auf dem Wege der Evolution zu ihren Zielen und nicht auf dem Wege von Umstürzen. Sie wolle das Wohl des Volkes und nicht von Einzelpersonen und Parteien.

Der neue Direktor der P. R. O.

Der Staatspräsident hat die Nominierung des Herrn Schmidt zum Präsidenten der Postsparkasse unterzeichnet.

Copyright by Carl Duncker Verlag, Berlin W. 62.

Der Herr Generaldirektor.

Roman von Ernst Klein.

(24. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Sie hatte in ihrem Eifer, in ihrem Glück nicht bemerkt, daß er diesen Angriff schon seit einiger Zeit vorbereitet. Hatte nicht darauf geachtet, wie er zuerst sie scheinbar unabsichtlich gestreift, wie er dann langsam, ihre Achtsamkeit für Zustimmung nehmend, näher und näher gekommen — bis er jetzt siegesgewiß mit seiner Hand ihr Knie umspannte. Es drückte. Sich herauszte an der Wärme ihres Körpers, die er durch den dünnen Stoff in seine zitternden Finger gleiten ließ.

Im Moment drohte sie die Fassung zu verlieren! Aufspringen, ihm ins Gesicht schlagen, — — — ah! Sie preßte die Hände zusammen, daß ihr die Nägel ins Fleisch drangen, und beherrschte sich. Ließ die Serviette fallen, bückte sich danach und setzte sich so, daß sie für ihn unerreichbar blieb.

Reinhold hatte von alledem nichts gesehen. Sie war glücklich darüber, denn sonst hätte er doch den Menschen hier an Ort und Stelle niederschlagen müssen. Und was dann? Was würde aus dem ganzen Projekt? Ihre Abwehr geschah daher so unauffällig, daß auch ein feinfühliger als Constantin Avalescu nicht die Absicht hätte merken können.

Sie beugte sich ganz zu ihrem Verlobten hinüber und drehte dem Rumänen fast den Rücken zu. Der machte noch den einen und den andern Versuch, ihr nahe zu kommen; doch als das nicht glückte, verhielt er sich ruhig. Er glaubte seiner Sache sicher zu sein. Er kannte ja die Weiber und ihre Manöver.

Reinhold hatte inzwischen weitergesprochen, und Hannah hörte ihm zu. Oder tat wenigstens so. Das Blut pochte in ihren Schläfen, sauste in ihren Ohren, — — — kaum verstand sie, was er auseinandersetzte.

— deshalb ist es ganz gut, wenn Du noch einige Zeit an Deinem Platze bleibst. Wir werden Deine Informationen solange nicht einsehen können, bis wir nicht selbst mitten im Strom schwimmen."

Diktatur oder Bolschewismus.

Polnische Pressestimmen.

Angesichts der großen Gefahr, in der sich Polen befindet, hat in den Gemütern der Gedanke zum Ausweg fest Wurzel gefaßt. In Nieden und Konferenzen, in Beiträgen der Presse, in Stadt und Land, überall klingt nur die eine Stimme der Unruhe darüber, wohin der Weg führen soll. Der "Postep" formuliert diese Frage folgendermaßen: "Wohin gehen wir, dem Bolschewismus, der Diktatur oder dem integralen Katholizismus entgegen?" Dem Beiträger des Blattes entnehmen wir folgende Ausführungen: "Entschiedene Gegner der demokratischen Verfassung machen, daß sie seien, welche schrecklichen Früchte für die Unberührtheit und Unabhängigkeit des Staates das heutige soziale System bringt, den trügigen Vorwurf geltend, daß die heutige Demokratie die Herrschaft von Egoismen sei. Das öffentliche Gut schmilzt unter der Hand von Dieben, die in die Gewalt von Ministern, Staatsräten, Böldirektoren usw. gekleidet sind (1), die von der Demokratie nach dem demokratischen System gewählt wurden. Es genügen uns selbst die größten Steuern nicht, die edelsten Opfer sind nützlos, wenn die Männer, die die Gewalt haben, den Gemeinkost des Volkes bestehlen oder ihn unfähig verwalten. Die Monarchisten sagen, daß es keinen Menschen gäbe, der in einem demokratischen System für das alles verantwortlich wäre. Deshalb sei die einzige Rettung für Polen eine starke monarchistische Gewalt, eine Diktatur, die Todesstrafe für Diebe, die im Champagner schwimmen für das Geld, das Witwen und Waisen oder anderen Schichten der Bevölkerung entzogen wurde. Es gibt auch Leute, die, die sie seien, daß der Monarchismus bei uns keinen Anhang hat, sagen, daß wir langsam, aber sicher Schritte dem Bolschewismus entgehen. Einige erklären sogar, daß wir uns bereits im Bolschewismus befinden. Stimmen, daß die gegenwärtige Demokratie zum Bolschewismus führt, findet man sogar unter Männern der Wissenschaft. Ein Professor der Wiener Universität z. B., der bekannte Soziologe Dr. Spann, stellt klar und offen fest, daß das gegenwärtige Wahlsystem regierungsunfähige Parlamente schaffe. Jede Partei muß mit den demagogischen Parolen der umstürzlerischen Gruppe rechnen. Infolgedessen geht alle Wahlungen eine Zivitation voraus, und jede folgende Wahl trage die Zivitation kostet. Das gegenwärtige System muß also folgerichtig die Volkgemeinschaft zur Anarchie und zum Bolschewismus führen. Dann kommt die Partei und das Programm zur Herrschaft, das alle anderen in seinen Versprechungen überbot. Das wird aber eine neue Tyrannie sein, nach dem Muster der russischen Tscheke, wo die Lösungen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu historischen Erinnerungen gehören. Wem gehen wir in Polen entgegen? Wie wir schon oben betonten, haben die Monarchisten bei uns nicht viel Anhänger, und selbst diejenigen, die da sind, möchten nicht so sehr einen König, sondern mehr die starke Gewalt eines Präsidenten und gleichmäßige gesetzliche Privilegierung für Sejm und Senat. Wir (der "Postep") teilen aber ganz und gar die zweite Meinung, daß Polen mit dem heutigen nichtmoralisierten Demokratismus dem Bolschewismus entgegen geht, der Herrschaft eines radikalen Linksparteiens über die praktischen Forderungen des Lebens. Die Befreiung oben und unten, die Eigentums- und Finanzlandale usw., das sind nur einige Ergebnisse dieser allmählichen Bolschewisierung Polens. Und doch ist eine Kraft in unserem Volke, die uns vor nationalistischen Experimenten des Monarchismus und vor den sozialistischen Theorien in der Ausgabe Lenins zu retten vermöchte. Diese Kraft ist der katholisch-soziale Gedanke, dessen Bionier im polnischen Volke die Christliche Demokratie (Ahal Red.) ist. Aber der katholisch-soziale Gedanke ist keine patriotische Parade mit einem für diesen Zweck bestellten Gottesdienst und einer pompösen gehaltenen Gelegenheitsrede. Die moralische Erziehung, deren Meister bisher die Nationaldemokratie in Polen war, muß ein Ende nehmen. Wir müssen anfangen, nicht nationale Paraden zu lernen, sondern die zehn Gebote Gottes, unter denen sich auch „Du sollst nicht begehrn Deines Nachbarn Gut“ und „Du sollst nicht stehlen“ befinden. Nicht in der Atmosphäre nationalistischen Hasses, der in moralischer Beziehung dem sozialistischen Klassenkampf vollkommen gleich ist, müssen wir uns bilden, sondern im Geist der Liebe Christi, in dem wir allein die Freude der Sozialgesetzebung und die Freude der nationalen Minderheiten zu lösen vermögen. Nur integraler Katholizismus wird uns vor der Diktatur eines Einzelnen oder einer politischen Sekte retten."

Der "Ilustrowany Kurier Lubelski" widmet dem Sejm einige hoffige Worte über seine bisherige Tätigkeit seit seiner Wiederentstehung am 6. Oktober d. J. Er schreibt: "In politischer Beziehung hat die Kammer die gegenwärtige Krise festgestellt, sie aber nicht erledigt. In gesetzgebender Hin-

sicht sind die Ergebnisse gleich Null. Bis zur Stunde hat die Kammer buchstäblich fünf Artikel des Agrarreformgesetzes erledigt, das übrigens angesichts unserer Finanzlage wohl nicht so sehr aktuell ist. Außerdem nichts." Das Blatt sagt, daß man den Zustand der verdeckten "Halbkrise" nicht ins Unendliche verlängern darf, und daß das Land nichts dagegen haben würde, wenn die Abgeordneten bis zum Erlöschen ihrer Mandate zu Hause blieben.

Im Zusammenhang mit der Lage im Sejm, der nicht leben und nicht sterben kann, ist der Gedanke der Bildung eines Rates der Dreißig aufgetaucht, auf den der Sejm seine Berechtigungen übertragen sollte. Man spricht auch von einer eventuellen Diktatur. Die Diktaturlüche sind in den letzten Tagen immer häufiger geworden. Die Blätter des nationaldemokratischen Lager bringt den Gedanken an die Diktatur, indem sie die Gerüchte notieren, mit einer Persönlichkeit in Zusammenhang, die von diesem Lager seit langem leidenschaftlich bekämpft worden ist. (Postep! Red.) Man weiß nicht, ob die Gerüchte eine reale Grundlage haben, sie beweisen aber, daß von der Bevölkerung eine gründliche Änderung der heutigen Verhältnisse erachtet wird."

Hofjagd.

Unter dieser Überschrift berichtet der "Express Lubelski" folgendes:

"Ein paar tausend Menschen sind heute in Lublin ohne Arbeit und ohne Brot. Der Hunger schaut in ihre Hütten. Sie haben viel freie Zeit und können darüber nachdenken, was in der erlauchten Republik geschieht, wem es schlecht und wem es gut in ihr geht.

Gestern nun waren diese von der immer schwieriger werdenden Lage, der immer qualender werdenden Not gedrückten Bewohner der Lubliner Vororte Beugen des Durchzuges einer glänzenden und stattlichen Kavalkade durch die Bychowska-Straße. Ein langer Reigen von Kraftwagen und pferdebespannten Aufzügen brachte die Väter des Staates, an der Spitze der Herr Präsident Wojciechowski, die Vizejunkmarschälle und die Minister sowie eine Schar Abgeordneter und Beamten zur Jagd nach Bamborze. Es wunderten sich die Leute leise, andere wiederum sehr laut, daß nicht nur sie, die Armen, sondern auch die mächtigen Potentaten des Staates sehr viel freie Zeit haben.

Die Gäste trafen aus Warschau in der Nacht vom 8. zum 9. November um 1 Uhr 41 Minuten in eigens für diesen Zweck bestimmten Salownagen ein. Sie brachen am 9. November nach den bei Lublin gelegenen Dombrowaer staatlichen Forsten zur Jagd auf. Die Kavalkade der Weidmänner drang in Autos bis Dziesiątowa und von dort in Jagdwagen bis Dombrowa vor. An der Jagd nahmen teil: der Präsident der Republik, St. Wojciechowski, die Vizemarschälle Moraczewski und Osiecki, die Minister Janicki und Tysiącza sowie 14 Abgeordnete. Aus Lublin waren zugegen: der Wojewode Mostowski, der Wojewode Boryslaw, der Starost Krause, Inspektor Galera u. a.

Es wurde eine Treibjagd abgehalten. Das Ergebnis: es wurden 2 Eber, 95 Hirsche, 4 Füchse und 1 Bock erlegt. Von dieser Zahl wurden mehrere Exemplare vom Präsidenten geschossen.

Nach Lublin kehrte die Jagdgemeinschaft um 5.30 Uhr nachmittags zurück. Am Abend fand beim Herrn Wojewoden Mostowski ein Festessen statt. Das Abendessen war vom Bürgerclub hergerichtet worden. Der Herr Präsident residierte beim Wojewoden Mostowskis. Vor dem Hause war eine Ehrenwache aufgestellt."

Republik Polen.

Verkaufte Petroleumquellen?

(A. W.) Die "Wiener Allgemeine Zeitung" meldet, daß in Finnland die Nachricht vom Kauf von Aktien der Raphtha-Gesellschaft Mařnica im Revier von Drohobycz und von Papieren einiger anderer polnischer Raphtha-Gesellschaften durch ein englisches Konsortium verbreitet sei. In erster Linie werde mit Mařnica verhandelt.

Das Bölibat und die Ukrainer.

(A. W.) Das ukrainische Blatt "Dilo" bespricht die Frage des Bölibats unter der griechisch-katholischen Geistlichkeit und stellt fest, daß das Bölibat sehr geeignete Aufnahme gefunden habe. Das Blatt fährt fort, die Erfahrung lehre, daß die Geistlichkeit, indem sie das Bölibat verteidige, die nationale Sache der Ukrainer so sehr sinken läßt, wie einst der ruthenische Adel die nationale ukrainische Bewegung vor den Abgrund geführt habe, indem er sich polonisierte.

Bor dem Portal stand der prunkvolle Wagen Avalescu. Der Türsteher des Hotels stürzte hin und riß den Schlag auf. — — —

"Ich möchte mich hier von den Herren verabschieden," sagte Hannah. "Ich habe plötzlich wahnsinnige Kopfschmerzen und muß allein sein. Ich bin den Seit nicht gewohnt, — nein, — nein, — ich kann wirklich nicht. Bitte, Reinhold, lasst mir eine Droschke kommen!"

Avalescu machte ein enttäuschtes, Reinhold ein wütendes Gesicht. Keiner vermochte sich ihr plötzliches Verhalten zu erklären. Doch als sie unerbittlich blieb, konnten sie nichts anderes tun, als eine Tasse herbeizurufen und sie einsteigen zu lassen.

Avalescu küßte ihr mit tiefer Verbeugung die Hand, wobei er sie drückte und drückte. Sie ließ es geschehen, froh, ihm entrinnen zu können. Reinhold gab ihr nicht die Hand. Er machte gar keine Miene, seine üble Laune zu verbergen. Murmelte ein kurzes "Gute Nacht," schob sie in den Wagen und warf den Schlag hinter ihr zu.

"Bekümmert Frauenzimmer! Was die auf einmal nur hat!" rief er, indem er dem Auto wütend nachstieß.

"Vielleicht ist ihr wirklich schlecht. Sie wird den Champagner wirklich nicht vertragen. Ganz gut übrigens, daß sie fort ist. Wissen Sie, was wir jetzt machen? Da auf dem Kurfürstendamm ist ein Lokal, — geschlossene Gesellschaft, — — — Nachtanze, — ganz fabelhafte Sache! Da werden Sie etwas erleben! Los!"

Sie stiegen ein und fuhren ab.

Weder sie noch Hannah hatten bemerkt, daß gerade, als sie aus dem Hotel traten, ein Herr und eine Dame vorübergingen, und daß sich der Herr überrascht umdrehte, als er das Trio sah. Er hatte seine Begleiterin rasch etwas weiter in den Schatten gezogen und war hier stehen geblieben, die ganze Szene beobachtend.

Als Reinhold und Avalescu fortfuhren, wandte auch er sich zum Gehen.

"Wer war denn das?" fragte die junge Dame an seiner Seite.

"Deine Nachfolgerin bei Heidenberg!" sagte er und lachte ein trockenes, boshaftes Lachen.

(Fortsetzung folgt.)

"Ja, — ja," sagte sie, um nur etwas zu sagen.

Mein Gott, was waren die beiden? Der eine entehrte sie durch die Schamlosigkeit einer körperlichen Beleidigung; der andere, ihr Bräutigam, der sie liebt, den sie liebt, durch den Gedanken, sie zur Spionin zu machen. — Denn als seine Frau an Heidenbergs Arbeitsstube zu sitzen, war etwas anderes als jetzt — — — Sie konnte in der Minute den Unterschied nicht präzisieren, aber ihr Gefühl schrie ihr zu, daß solche Handlung schimpflich und niedrig sein mußte. Sie für ihr Leben lang befleckt — — —

Hannahs Freude verflog. Ekel und Traurigkeit packten sie, und sie war froh, daß Reinhold und Avalescu sich in eine angeregte Diskussion über die Ausstattung der Büros vertieften und ihr so Gelegenheit gaben, sich zurechtzufinden.

Einige Zeit lang saß sie schweigend zwischen ihnen, dann bat sie, daß man aufbräche. Beide protestierten, doch sie blieb fest.

Mit seiner grohartigen Miene rief Avalescu also: "Herr Ober, die Rechnung, bitte!"

"Reinhold, das ist doch Deine Sache!" drängte Hannah.

Der junge Mann lächelte etwas betreten.

"Nein, heute nicht. Wir sind die Gäste Avalescus.

Er ist ja der Kapitalist."

Und er belächte den Witz. Avalescu stimmte freudig ein.

"Natürlich bin ich der Kapitalist."

Wortlos stand sie auf und ging hinaus. Verdutzt folgten ihr die Männer. In der Garderobe brachte es der Rumäne fertig, ihr den Mantel umzuhängen und sich dabei ganz dicht an sie heranzupressen.

"Sie sind das bezauberndste Weib, das ich je gesehen habe," flüsterte er dabei.

Sein nach Wein und Zigarren riechender Atem schlug ihr von rückwärts her ins Gesicht. Der Ekel in ihr wurde fast zum körperlichen Schmerz.

Reinhold hatte

Handel, Finanzwesen, Wirtschaft, Börsen.

Industrie.

⊙ Bismarckhütte A.-G. Über diese große, jetzt auf polnischem Gebiet liegende Montanunternehmen gehen seit einiger Zeit Meldungen geheimnisvollen Ursprungs um. Bald kommen sie aus dem Oberschlesischen Bezirk, aus Breslau oder Gleiwitz, zuletzt sogar aus Posen. Einmal berichten diese Nachrichten von Betriebsstilllegungen, von Arbeiterentlassungen, dann wieder von schlechter Geschäftslage, von Geldbedrängnis des Konzerns sowohl wie eines Generaldirektors, der immer noch mit der Charlottenhütte verwechselt wird, und schließlich von daraus entspringenden Verkaufsabsichten bzw. gar Verkaufsverhandlungen über die Bismarckhütte.

Um zunächst diese letztere Meldung vorwegzunehmen, so hat sie an sich schon wenig Wahrscheinlichkeit für sich, ist aber überhaupt vollkommen abwegig. Man braucht sich nur einmal die Besitzverhältnisse an der Bismarckhütte vor Augen zu halten. 80 Prozent der Aktien befinden sich in einem festen und noch lange laufenden Syndikat, das aus der mit 50% beteiligten Alpinen Montan-A.-G. der Rhein-Elbe-Union und der Charlottenhütte besteht. Nun könnte man in der heutigen Zeit auf die Vermutung kommen, daß Syndikatsmitglieder den Wunsch hätten, sich ihres Anteils zu entledigen, aber das ist nicht der Fall. Weder die Rhein-Elbe-Union, die bekanntlich Großaktionärin der Alpinen Montan ist, noch die Charlottenhütte denken daran, ihren Besitz zu verkaufen, auch nicht die Alpine Montan-A.-G. in Wien, wo ähnliche Mitteilungen den Weg in die Presse fanden. Die Wiener Gesellschaft steht auch nicht in anderweitigen Verhandlungen, die man im Zusammenhang mit jenen Meldungen vermuten könnte, und die andere oberschlesische Kombinationen betreffen.

Was die Finanzlage bei der Bismarckhütte angeht, so erscheint sie sogar besser als die vieler anderer Montanwerke. Die reinen und keineswegs drückenden Finanzschulden der Gesellschaft, abgesehen von den Steuerrückständen, betragen etwa 1,6 Mill. Dollar, zu denen noch 2 bis 3 Mill. Mark laufende Verbindlichkeiten hinzukommen. Die Gesamtschulden gehen damit über die Höhe der Debitoren hinaus, sind aber doch sehr niedrig, wenn man an die Größe des Werkes mit seinen Anlagewerten von etwa 150 Mill. Mark denkt. Die Steuerschulden sind allerdings, wie gesagt, noch nicht geregelt; aber darüber wird bekanntlich schon länger mit der polnischen Regierung verhandelt, und es steht zu erwarten, daß diese sich zu Zugeständnissen und einer vernünftigen Regelung binnem kurzem entschließen wird.

Nur zur Geschäftslage: Wie man weiß, hat sich die Bismarckhütte auf Röhren und besonders Bohrröhren eingestellt, und sie nimmt auf diesem Gebiet eine bedeutende Stellung ein, was auch schon daraus hervorgeht, daß sich das Kartell des tschechischen und deutschen Röhrensyndikats seit längerer Zeit um den Beitritt der Bismarckhütte zum Kartell bemüht. Erst neuerdings haben darüber wieder Verhandlungen stattgefunden, in denen man sich so weit gehärtet hat, daß in aller Kürze für die Ausfuhr ein festes, befriedigendes Abkommen getroffen werden dürfte. Auch mit den französischen Werken scheint man auf dem Wege einer Preisverständigung zu sein, so daß größeren Nutzen lassende Preiserhöhungen wahrscheinlich sind. Das Röhrenwerk der Bismarckhütte ist zurzeit gut, d. h. voll auf 5 bis 6 Monate beschäftigt, namentlich für die Ausfuhr nach Galizien, Rumänien und auch Übersee, und zwar mit Aufträgen sehr zahlungsfähiger großer Ölkonzern, die gewöhnlich 25% anzahlen und den Rest bei Lieferung bzw. Verladung im deutschen Hafen begleichen. Was die andern Betriebe angeht, so ist es um diese nicht schlechter bestellt, als um viele andere Montanbetriebe; sie haben natürlich ebenfalls unter der augenblicklich schlechten Geschäftslage zu leiden, aber von Betriebsstilllegungen größer Ausmaß ist keine Rede. Von drei Hochöfen arbeiten ein bis zwei Öfen. Das Edelstahlwerk ist im Betrieb und zurzeit in der Hauptsache mit Auslandsaufträgen mit 50% seiner Leistungsfähigkeit versessen. Die Stabeisenbetriebe können mit Aufträgen für 2 bis 3 Wochen zu 40 bis 50% ausgenutzt werden. Ähnlich steht es mit der Gießerei.

So liegen die Dinge zurzeit bei der Bismarckhütte, und jene Meldungen, von denen wir oben sprachen, erwiesen sich also als zum größten Teil falsch, und zum andern als außerordentlich übertrieben. Wo sie herkommen, hat sich bisher nicht feststellen lassen. Man kann darüber nur Vermutungen haben, die auszusprechen sich hier erübrigten.

⊙ Die Amerikaner wollen Polen elektrifizieren? Aus maßgebenden amerikanischen Kreisen wird der „United Press“ gemeldet: Der Plan der Elektrifizierung der Eisenbahnen in Polen wird wahrscheinlich schon in nächster Zukunft greifbare Formen annehmen. Geplant wird die Gründung von elektrischen Zentralen in Polen, die nicht nur Polen, sondern auch die benachbarten Staaten versorgen würden. An der Durchführung dieses gewagten Plans werden hauptsächlich folgende amerikanische Gesellschaften beteiligt sein: „General Electric Comp.“, „Westing House“ und „Filip et Bertron“, die zur Elektrifizierung Polens die Gesellschaft „Utilities Comp.“ gebildet haben. Schon im August d. J. waren durch die Vereinigung dieser Unternehmen für den obigen Zweck 26 Millionen Dollar sichergestellt.

⊙ Aus der Zuckerindustrie. Vor der diesjährigen Campagne waren auf dem Gebiet Großpolens 19 Zuckerkästen tätig, die 5032 Arbeiter beschäftigten. Die hohe Zahl der Arbeiter außerhalb der Campagne erklärt sich durch eine neue Arbeitsmethode, die im Posenmischen zur Verringerung der Unkosten eingeführt worden ist. Mit Beginn der Campagne erhöhte sich die Zahl der Arbeiter um 7000. Von der allgemeinen Kreditnot werden die Zuckerkästen nicht so hart betroffen, da es der Zuckerbank gelungen ist, auch diesmal den Fabriken Auslandskredite zur Verfügung zu stellen. Dagegen sind die Exportaussichten sehr ungünstig, da die Zuckervorräte auf dem Weltmarkt sehr groß sind.

Räumung Kölns ab 1. Dezember.

Die Beschlüsse der
Botschafterkonferenz.

Paris, 15. November. Die Botschafterkonferenz, die erst am Montag eine Sitzung haben sollte, hat bereits heute, Sonnabend, nachmittag um 5 Uhr eine Beratung begonnen. Diese Änderung ist so überraschend gekommen, daß die Abendtungen eine Information aus englischer Quelle, welche die frühere Ansetzung der Konferenz ankündigt, "nur mit großer Reserve" wiedergeben. Das Militärkomitee von Berlin ist durch zwei aus Berlin entstandene Sachverständige über die letzten noch zweifelhaften Fragen aufgeklärt worden.

Nach Schluß der Sitzung wurde folgendes amtliche Communiqué veröffentlicht: "Auf Grund der von der deutschen Regierung erhaltenen Mitteilungen hat die Botschafterkonferenz beschlossen, heute nachmittag um 5 Uhr eine Sitzung abzuhalten. Im Laufe dieser Sitzung hat die Botschafterkonferenz beschlossen, noch heute abend an die deutsche Regierung eine Note zu richten, um sie von den Milderungen (Atténuations) in Kenntnis zu setzen, welche auf Beschuß der alliierten Regierungen an dem Besatzungsregime der rheinischen Gebiete vorgenommen werden sollen. Andererseits hat die Botschafterkonferenz nach Kenntnisnahme der Antworten der deutschen Regierung bezüglich der Entwaffnungsfragen, die noch stiftig geblieben waren, und in Anbetracht dessen, daß

diese Mitteilungen derart sind, daß sie die Räumung der Kölner Zone erlauben, den 1. Dezember d. J. als Datum festgesetzt, an dem diese Räumung beginnen soll. Der deutsche Botschafter ist von diesem Beschuß sofort in Kenntnis gesetzt worden. Die Botschafterkonferenz wird sich am Montag von neuem versammeln, um den Wortlaut des Schreibens festzusezen, durch das dieser Beschuß der deutschen Regierung offiziell bestätigt werden soll."

Die Agentur "Fournier" will aus guter Quelle erfahren haben, daß die vorgeesehenen Milderungen vor allem in der Verringerung der alliierten Truppenbestände im Rheinland und ihrer Verteilung auf die entfernten Garnisonen und großen Städte bestehen soll. Außerdem sollen Verteilungsmaßnahmen zugunsten der politisch Verurteilten, und zwar auf dem Wege der Gegenstrafe, vorgenommen werden. Bis Montag werden die Verhandlungen mit der deutschen Regierung über gewisse Punkte des Entwaffnungsvorprogramms fortgesetzt werden. Es ist wahrscheinlich, daß man zu einer befreidenden Lösung gelangen wird, die der Botschafterkonferenz erlaubt wird, der Reichsregierung am Montag eine Note zu übergeben, die von den vom Reich abgegebenen Versicherungen Kenntnis nehmen wird, und neue Milderungen anzutun.

Botschafterkonferenz und Versöhnungskommission.

London, 16. November. (R.) Der diplomatische Berichterstatter des "Daily Telegraph" erklärt: Die britische Regierung habe bei der Beleidigung der deutschen Wünsche wegen der Rheinlandbesetzung eine hervorragende Rolle gespielt. Sie habe auf eine wesentliche Herabsetzung der Besatzungstruppen hingearbeitet. Auf ihren Einfluß sei es auch zurückzuführen, daß die Botschafterkonferenz auf die Zerstörung der 22 schweren Geschütze der Festung Königsworck verzichtet habe. Eine für den deutschen militärischen Stolz unangenehme Entscheidung sei die betreffende Stellung des Generals von Seeckt. Aber dies sei auch die einzige bittre Pille und es sei zweifelhaft, ob sie irgend welchen nachteiligen Einfluß auf das große persönliche Ansehen des Generals haben werde. Weiter beschäftigt sich der Berichterstatter mit der Frage, ob angeblich der neuen Lage die Botschafterkonferenz und das Versailler Militärkomitee unter Leitung Kochs in Zukunft beibehalten werden. Wahrscheinlich werde die Botschafterkonferenz beibehalten, aber durch den deutschen Botschafter verstärkt werden. Sie würde damit eine Konferenz nicht nur der alliierten Botschafter werden, sondern von Botschaftern der an der Friedensregelung interessierten Mächte und würde dadurch den Charakter einer Versöhnungskommission erhalten. Eine ähnliche Abänderung sei für das Versailler Komitee in Aussicht genommen, dem ein deutscher General und sein Stab hinzugefügt wären.

Französische Kritik an der Saargebiet verwaltung.

Verschwenderische Verwaltung.

Paris, 16. November. (R.) Der sozialistische Abgeordnete Uhrlau im Gewerkschaftsblatt "Peuple" seine Artikel über das Saargebiet fort. Er beschäftigt sich im einzelnen wiederum mit den französischen Beamten, die in der großen Verwaltung tätig sind, und deren Gehälter und Namen er aufzählt. In dem Artikel heißt es: Statt im allgemeinen Interesse zu arbeiten, haben diejenigen, welche wir zu unserem Unglück nach dem Saargebiet entführt haben, besonders daran gedacht, mit zu verdienen.

Die großen Ausgaben, die wir gemacht haben, die neuen Arbeiten, die ungeheure Kosten verursacht haben, zum Beispiel der Bau von Kirchen, alles das bedeutet einen wirklichen Skandal. Die Saarbevölkerung hat notwendigerweise die Proteste gehört, die alle ehrlichen Menschen erheben müssen und die wachsende Unzufriedenheit, die in der Bevölkerung und besonders unter den Bergarbeitern herrscht, muß uns alle Sympathien rauben. Der Minister des Außenfern müßte also bald prüfen, in welcher eleganten Form man Deutschland das Saargebiet zurückstatten könne und müßte in einer internationalen Abmachung das Mittel suchen, um den Bezug von Saarkohle zu sichern.

Der Besuch Hindenburgs in Frankfurt a. M.

Auf die Treue kommt es an.

Aus Frankfurt wird geschrieben, daß sich der kurze Aufenthalt Hindenburgs zu einer großen republikanischen Kundgebung gestaltet habe. Besonders eindrucksvoll war die Feier im Opernhaus. Dort hielt der Präsident zwei Akte von "Figaro's Hochzeit". Vor dem Opernplatz hatten sich Tausende von Menschen eingefunden, die dem Präsidenten ihre Huldigung darbringen wollten. In starkem Maße kam in Frankfurt am Main auch die Flaggenfrage zur Geltung. Das "W.T." schreibt dazu: Als der Reichspräsident auf dem Balkon des Opernhauses erschien, trat ein Reichsbannerführer hervor und rief: "Unserer deutschen Republik, der Verfassung von Weimar, den Reichsbarren schwarzrotgold ein dreifaches Hoch!" Hindenburg erwiderte: "Ich entnehme diesem Gruß, daß wir alle gleich treu zu unserem Vaterlande stehen. Ich danke euch dafür. Auf die Treue kommt es an, auf das Zusammenstehen, auf die Einigkeit in der Liebe zum Vaterlande. Wenn wir so zusammenhalten, dann werden wir Deutschland wieder zu Ehren bringen. Das ist der Geist, der uns alle belebt. Zum Gedächtnis dessen rufen wir: ein dreifaches Hurra unserem geliebten Vaterland!"

Als der Präsident gegen 10 Uhr in den Wagen stieg, um zum Bahnhof zu fahren, wurde er wiederum mit unbeschreiblichem Jubel empfangen. Der lange Weg vom Opernhaus bis zum Bahnhof war von einer langen doppelten Reihe von Fackelträgern umsäumt, dahinter eine ungeheure Buschermenge.

Deutsches Reich.

Hau wieder ins Buchthaus.

Karlsruhe, 18. November. (W.T.B.) Die badischen Justizbehörden haben gegen den im Jahre 1906 zum Tode verurteilten, sodann zu lebenslänglichem Buchthaus begradigten und im Frühjahr d. J. freigelassenen Rechtsanwalt Dr. Carl Hau einen neuen Haftbefehl erlassen. Ein von Hau erwirkter "Strafurlaub auf Wohlverhalten" ist wegen seines Verhaltens aufgehoben worden. Hau würde demnach eine Reststrafe von sieben Monaten im Buchthaus verbüßen müssen. Der Rechtsbeistand Hau, Rechtsanwalt Dr. Alberg, ist beim badischen Justizministerium wegen des Haftbefehls vorstellig geworden.

Rechtsanwalt Dr. Carl Hau war bekanntlich vor langen Jahren unter der Beschuldigung der Ermordung seiner Schwiegermutter, Frau Molitor, zum Tode verurteilt und dann zu lebenslänglichem Buchthaus begradigt worden. Er hat etwa 17 Jahre im Buchthaus gesessen und ist dann auf Grund eines weiteren Urteiles Ende August 1924 aus dem Buchthaus entlassen worden unter der Verpflichtung, sich gehässiger Angriffe gegen die Familie Molitor und einer außenseiternden Ausbeutung seiner Erfahrungen zu enthalten, widrigefalls er auf rechtl. 7 Monate ins Buchthaus zurückkehren müsse. Die Verpflichtung zum Wohlverhalten hat er nach Auffassung der badischen Strafvoll-

streckungsbehörde verletzt, und daraufhin folgte, wie schon gemeldet, der Erlass eines neuen Haftbefehls zwecks Verbüßung der siebenmonatigen Reststrafe.

Hau betreibt das Wiederaufnahmeverfahren. Dagegen wäre nichts zu sagen, denn das ist das gute Recht jedes Verurteilten, der seine Unschuld behauptet. Er hat aber durch Veröffentlichung seiner Erinnerungen in stark sensationeller Aufmachung vielfach eine schamlose und auf ihre Richtigkeit nicht nachprüfbar Kritik an denjenigen geübt, mit denen er während seines Strafprozesses in amtlicher Berührung gekommen ist. Damit hat er anscheinend tatsächlich gegen die Bedingungen verstochen, unter denen er vor Ablauf der Strafzeit entlassen worden ist.

Ein mutiger Hotelgast.

Aus Berlin wird geschrieben: Ein aufregender Überfall wurde gestern in den späten Abendstunden im Hotel "Der Kaiserhof" verübt. Direktor Holländer von einer Schweizer Versicherungsgesellschaft hatte gestern abend in dem genannten Hotel einige Räume im ersten Stockwerk bezogen. Die Gattin des Direktors hatte sich bereits zur Ruhe begeben, als plötzlich im Schlafzimmer ein Einbrecher auftrat und mit vorgehaltenem Revolver einen Raubüberfall auf das Chippa ausführen wollte. Der Räuber war an der Fassade des Hotels emporgesetzert und dann in die verdunkelten Räume eingedrungen. Direktor Holländer, der sich gerade im Badezimmer befand, hatte die Geistesgegenwart, den Fassadenkletterer zu packen und ihn über die Fensterbrüstung hinweg auf die Straße zu werfen, wo der Räuber mit schweren Verletzungen liegen blieb. Die Polizei ließ den Fassadenkletterer als Polizeigefangen ins Stadtkrankenhaus überführen, wo er als ein schon mehrfach vorbestrafter Heizer Wilhelm Kähner festgestellt wurde.

Mussolini.

Rom, 14. November. In dem in den nächsten Tagen zur Diskussion gelangenden Gesetz über die Erweiterungen der Rechte des Ministerpräsidenten ist am wichtigsten, daß vor allem bezweckt wird, die Stellung des ersten Ministers zur Krone zu präzisieren. Der Ministerpräsident wird von der Krone ernannt und legt ihr Rechenschaft von seinen allgemeinen politischen Richtlinien ab. Da die anderen Minister auf Vorschlag des Ministerpräsidenten vom König ernannt werden, kann der Ministerpräsident gelegentlich deren Funktionen übernehmen. Der Sinn dieser Präzisierung geht klar hervor aus den weiteren Bestimmungen des Gesetzes, das allzu häufige parlamentarische Diskussionen allgemein zu unterbinden scheint. Das Gesetz sieht deshalb bestimmte Fälle vor, in denen es allein dem Parlament gestattet sein soll, dem Gesamtministerrat oder Ministerpräsidenten betreffende Vertrauensvoten zu geben oder zu verweigern, wodurch Person und Amt des Ministerpräsidenten förmlich unantastbar wird, es sei denn durch den König selbst. Schließlich werden noch besondere Prerogative des Ministerpräsidenten festgesetzt und besondere Strafen denjenigen angedroht, die gegen ihn konspirierte.

Der offizielle "Popolo di Roma" spricht die "Erwartung" aus, daß die angeblich zur Rückkehr ins Parlament entschlossenen Aventinianer es sich im letzten Augenblick "nochmals überlegen" werden. Die Polizei, so schreibt der "Popolo di Roma", bediente alle Fäden des verruchten Attentats auf, sie stellte auch fest, daß verächtliche Persönlichkeiten Aventins darin "verwickelt" seien. Die Mitglieder der konstitutionellen Opposition hätten sich genau so wie die Sozialisten an der Ausarbeitung des Umurzplanes beteiligt, der nach gelungenem Mord verwirkt werden sollte. Farinacci schreibt, daß Attentat überhaupt nur dem "freimaurerischen Bürgerkum" und dem "Neudo-Konstituenten von Amadora bis Stirzo zu, während er den Sozialisten aller Schattierungen wenigstens ein moralisches Recht zuspricht, Opposition zu treiben, da sie entgegengesetzte Staatsanschauungen vertreten. Sie würden von allen Übeln das kleinste wählen, wenn sie auch weiter außerhalb des Parlaments blieben.

Es steht noch darin, ob dieser Rat befolgt werden wird. Die Mittwochssitzung des Parlaments wird mit großer Spannung erwartet. Alle faschistischen Abgeordneten werden zunächst Mussolini große Ovationen darbringen und werden zur Sitzung in Schmarotzern erscheinen. Mussolini wird das Wort zu wichtigen innerpolitischen Erklärungen ergreifen, worauf sofort die Diskussion der neuen faschistischen Gesetze, darunter das Gesetz gegen die Personen, die sich aus politischen Gründen im Ausland aufzuhalten, eröffnet werden wird.

Die Zeitungen der Faschisten verlangen stürmisch die Unterdrückung der noch erreichenden Oppositionspresse, vor allen Dingen des "Corriere della Sera", der "Stampa" und des "Mondo". Diese Forderungen werden von Farinacci, dem Generalsekretär der faschistischen Partei, unterstützt, so daß ihre Annahme nicht unwahrscheinlich ist.

KINO APOLLO

Vom 13. II. - 19. II. 25. Vom 18. II. - 19. II. 25.

4½, 6½, 8½ Uhr

Komödie

600000 Frank monatlich.

In den Hauptrollen der unübertroffene

Mikolaj Kolin

Lachsalven-Humor.

Vorverkauf von 12—2

Europas Kommunisten gegen Locarno.

Paris, 16. November. (R.) Die Vertreter der kommunistischen Parteien Deutschlands, Großbritanniens, der Schweiz, Polens, Belgien und Hollands haben in Brüssel vom 11. bis 13. November eine Tagung abgehalten, in deren Verlauf sie sich auch mit dem Vertrag von Locarno beschäftigten. Es wurde eine heute von der kommunistischen "Humanité" veröffentlichte Kundgebung angenommen, in der es unter anderem heißt: "Durch die Annahme des Vertrages von Locarno, durch die Verstärkung der Beziehungen der deutschen Bourgeoisie mit den anglo-amerikanischen Kapitalisten haben die bürgerlichen nationalistischen Elemente einschließlich der Führer der Sozialisten in starkem Maße die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft verraten. Durch den Eintritt in den Völkerbund liefert die Bourgeoisie Deutschlands sich als Kampfgebiet für einen Krieg gegen Russland aus." Der Aufruf nennt dann den Völkerbund ein Instrument der Brüderlichkeit und sucht sich aus seiner Haltung gegenüber dem Saargebiet und Oberschlesien, gegenüber Memel, Danzig, Österreich und Syrien, sowie auch in bezug auf die marokkanischen Angelegenheiten und die Vorgänge in China zu ziehen. Zum Schluß fordert der Aufruf eine einheitliche Kampffront der Arbeiter.

Aus anderen Ländern.

Brand auf einem französischen U-Boot.

Paris 16. November. An Bord des Unterseebootes "Réserve", das im Hafen von Toulon stationiert ist, brach gestern nach gegen 12 Uhr durch eine Explosion von Belichtungslampen ein Brand aus. Der Offizier, der die Wache hatte, ließ sofort Alarm schlagen. Die Mannschaft konnte ohne Gefahr das Schiff verlassen. Beim Appell zeigte aber der Maschinemeister, der gerade in dem Raum beschäftigt war, wo die Explosion entstand, daß der Unterkochfeuer verbrannt ist. Einige Matrosen der Besatzung sind verwundet. Die Hafenbehörde und die Offiziere des Unterseebootgeschwaders waren sofort zur Stelle. Es gelang bis in die Mittagsstunden noch nicht, den im Innern des Bootes wütenden Brand zu löschen. Sobald eine Luke des Schiffes geöffnet wird, entfacht der starke Dampf die Flammen von neuem.

Zur Lage in Thrien.

London, 16. November. (R.) Neuter meldet aus Damaskus: Die Emire Taher und Ezz Eddin, die von den französischen Behörden nach der Besetzung vom 18. und 20. Oktober unter dem Verdacht des Einverständnisses mit den Aufständischen verhaftet worden waren, sind bedingungslos freigelassen worden. — Weiter sagt der Bericht: Die Stärke der Aufständischen sei derartig, daß die Franzosen nicht imstande seien würden, sie zu bekämpfen, außer mit erheblichen Verlusten. Aufenthalts der großen Städte befinden sich die Aufständischen nahezu in völliger Freiheit.

In kurzen Worten.

Lord Grey sagte in einer Rede, den Kindern in den Schulen sollte klar gemacht werden, was ein moderner Krieg bedeutet, damit es in Zukunft eine öffentliche Meinung gebe, die für die Sicherung des Friedens eintrete.

Der Strafprozeß gegen den Braunschweiger sozialdemokratischen Landeschulrat Dr. Stössel mußte auf unbestimmte Zeit vertagt werden, da der Angeklagte erkrankt ist. Der Landeschulrat hat einen Nervenzusammenbruch erlitten.

Auf dem kürzlich untergegangenen englischen U-Boot M 1 befanden sich 88 Offiziere und Mannschaften, die wahrscheinlich verloren sind.

In Karpatho-Rußland wurde ein zionistischer Agitator von aufgelegten orthodoxen Juden totgeschlagen.

Die neuen Finanzvorschläge Painlevé schlagen eine 10-proc. Steuer vom Ertrag des beweglichen und unbeweglichen Besitzes vor, die bei Aktien- und Kommanditegesellschaften durch eine Schuldurkunde über 15 Prozent des Kapitals gedeckt werden soll.

Die Meldung von der Offiziersrevolte in Spanien bestätigt sich. Es kommen hauptsächlich die Städte Madrid, Barcelona, Saragossa und Kordova in Frage.

Letzte Meldungen.

Rußland zur Kabinettsskize.

Nach einer Sondermeldung des "Kurier Pogn." berief Litwinow gleich nach dem Eintreffen der Nachricht von der Demission des Kabinetts Grabki die interessierten Abteilungsleiter des Außenkommunikats zu sich. Auf der Konferenz soll die Taktik bei den künftigen Handelsvertragsberatungen mit Polen im Zusammenhang mit dem Kabinettstritt erörtert werden. Der künftige Führer dieser Verhandlungen soll erklären haben, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß es überhaupt zu diesen Verhandlungen nicht kommen würde, wobei er dies damit begründet, daß die Opposition der bisherigen Regierung Rußland abgeneigt gegenüberstehe, und es möglich sei, daß eben diese Opposition die Regierung in Polen übernehme. Der polnische Gesandte in Moskau hat Litwinow einen Besuch abgestattet.

Belebungslücke in Holland.

Amsterdam, 16. November. (R.) Wie aus Haarlem berichtet wird, ereignete sich dort auf einer Kohlenzeche am Sonnabend nachmittag ein schwerer Unglücksfall. Beim Abschüren eines Gangs starb dieser in einer Länge von etwa 15 Metern zusammen, wobei drei Arbeiter unter den Trümmern begraben wurden. Sie konnten nur als Leichen geborgen werden.

Ein Mussolini-Schutzgesetz.

Die italienische Regierung hat einen Gesetzentwurf über die Schutzmittel gegen Anschläge auf die gegenwärtige Staatsverfassung vorbereitet. Der Gesetzentwurf, der im Parlament vorgetragen wird, verkündet den Grundsatz der Bürgerfreiheit und Verantwortung und Beschaffung der Güter aller, die aus politischen Gründen aus Italien auswanderten und im Falle der Rückkehr verhaftet und ausgewiesen werden können. Das Gesetz gilt als Antwort auf den Anschlag auf Mussolini und bildet einen Beweis für die unversöhnliche Politik Mussolinis gegenüber der Opposition.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Berantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Söhren; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechter; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage "Die Zeit im Bild": Robert Söhren; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Verlag: "Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. A. K., sämtlich in Posen.

